

# paperpress

.....Newsletter.....

Impressum: paperpress Jugend- und kommunalpolitischer Pressedienst Berlin. Gegründet am 7.4.1976. Gründer und Herausgeber: Ed Koch. Chefredakteur: Chris Landmann (verantwortlich für den Inhalt), Fotoredaktion: Lothar Duclos. Träger / Verlag / Vertrieb / Druck: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V., vertreten durch den Vorstand Ed Koch und Chris Landmann. Postanschrift: Paper Press, Postfach 42 40 03, 12082 Berlin. Web: www.paperpress.org (Textarchiv) / www.paperpress-newsletter.de (Newsletter-Archiv) / Telefon: (030) 705 40 14 Fax: 705 25 11 – Leserschriften, Be- und Abbestellung des Newsletters und der monatlichen Druckausgabe: E-Mail: post@paperpress.org – Nachdruck honorarfrei mit Quellenangabe. Der Newsletter wird kostenlos zugestellt. Alle Newslettertexte auch auf www.paperpress.org. Die Druckausgabe erscheint monatlich. Preis für die Zustellung: 20 Euro jährlich.

Nr. 499 A

1. November 2013

38. Jahrgang

## Am Sonntag wird abgestimmt, aber worüber?



Am Sonntag darf man mal wieder sein Wahllokal besuchen, was ja längst keine Kneipe mehr ist, in der man sich nach der Abstimmung dem Frühstücken widmen konnte. Längst geht man in eine Schule oder ein Seniorenheim. Oder, man hat vorher seine Stimme schon beim Bürgeramt abgegeben oder sich die Briefwahlunterlagen zusenden lassen. Wählen gehen dürfen ist das höchste Gut des Bürgers in einer Demokratie.

Muss man sich aber wirklich an jeder Abstimmung über einen Volksentscheid beteiligen? Ja, man sollte. Ist man für die Ziele des Entscheids, dann natürlich so und so, denn rund 625.000 Ja-Stimmen, also ein Viertel aller Wahlberechtigten, müssen erst einmal erreicht werden. Ist man dagegen, sollte man mit seiner Nein-Stimme wenigstens dokumentieren, dass man nicht jeden Unsinn mitmachen will. Mit 20,7 Prozent Ja-Stimmen blieb der Volksentscheid zur Offenhaltung des Flughafens Tempelhof erfolglos. Immerhin gab es unter den Teilnehmern mehr Ja als Nein-Stimmen. Der ProReli-Entscheid ging dafür gleich doppelt in die Hose, nur 14,2 Prozent Ja-Stimmen. Und von den 29,2

Prozent Wahlberechtigte, die zur Abstimmung gingen, stimmten 51,3 Prozent mit Nein. Lediglich die Abstimmung über den Rückkauf der Wasserwerke ging erfolgreich aus: über 650.000 Ja-Stimmen, und von denen, die sich an der Abstimmung beteiligten, machten 98 Prozent ihr Kreuz bei Ja. Nach einer Tagesspiegel-Umfrage sprechen sich rund 65 Prozent für den Volksentscheid am 3. November aus. Die Frage ist dennoch, ob es für ein Viertel Ja-Stimmen ausreicht.

Dankenswerter Weise wurde das Thema Energie in den letzten Tagen und Wochen in der Öffentlichkeit hoch und runter diskutiert. Und je mehr man darüber erfuhr, desto weniger kann man den Sinn der Abstimmung am 3. November verstehen. Ein Stadtwerk ist bereits beschlossen und

an der Vergabe des Stromnetzes ab 2015 kann sich die geplante Netzgesellschaft gar nicht mehr beteiligen, weil die Bewerbungsfrist abgelaufen ist. Was soll also noch dieser Entscheid? Die CDU hat dem Thema eine Sonderausgabe ihrer Zeitschrift „Berliner Rundschau“ gewidmet. Sie setzt dem Ja-Plakat des „Energietisches“ ein Nein-Poster entgegen. Der CDU-Landesvorsitzende Frank Henkel äußert sich zum Volksentscheid im Vorwort der Ausgabe, das wir nachfolgend dokumentieren:

Liebe Berlinerinnen und Berliner,  
am 3. November entscheiden Sie über den sogenannten „Energie-Volksentscheid“. Es ist gut, dass nun nach dem Bundestagswahlkampf ein ruhiger Blick auf die dort gemachten Forderungen gerichtet werden kann. Dabei sind sich die Regierungsfractionen von SPD und CDU genauso einig, wie die Vertreter beider Parteien im Senat: Dieser Volksentscheid darf keinen Erfolg haben. Hätte er Erfolg, würde ein Gesetz beschlossen, das ich für teuer, überflüssig und unseriös halte.

Berlins Wirtschaft holt auf, die Steuereinnahmen steigen. Aber unsere Stadt hat nach wie vor 64 Milliarden Euro Schulden. Die Schuldenbremse, die internationale Zinsentwicklung oder etwa auch die Unwägbarkeiten beim Länderfinanzausgleich sind weitere Herausforderungen. Die im Volksentscheid geforderten Maßnahmen und nötigen Folgemaßnahmen sind ein Milliarden-Wagnis. In der geforderten Form wäre das kein seriöser Umgang mit den Berliner Steuergeldern.

Aussagen wie „Strom muss bezahlbar bleiben und mehr im Sinne des Klimaschutzes betrachtet werden“ teilt die Große Koalition. Um für beides einzutreten, braucht es aber keinen Volksentscheid. Die Große Koalition ist bereits auf dem Weg, mit einem eigenen Stadtwerk zukünftig als neuer öffentlich-rechtlicher Stromanbieter aufzutreten. Mit dem weiteren Landesbetrieb Berlin Energie beteiligt sich Berlin am bereits laufenden Bieterverfahren um das Berliner Stromnetz. Sollte nun durch Volksentscheid noch ein weiterer Bieter hinzukommen, könnte sich dieser gar nicht mehr am Verfahren beteiligen. Das Verschweigen der Milliarden-Risiken oder die Tatsache, dass zentrale Forderungen rechtlich gar nicht umsetzbar sind, sind schon Grund genug dafür, den Entscheid „unseriös“ zu nennen. Dies trifft aber auch zu, weil es hier nicht nur um Strom geht, sondern wesentliche Bestandteile unserer demokratischen Ordnung durch die Hintertür außer Kraft gesetzt werden sollen.

Die direkte Möglichkeit, durch einen Volksentscheid ein Gesetz erlassen zu können, ist richtig und wichtig für die Demokratie. Der zu beschließende Inhalt ist es diesmal leider nicht. Stimmen Sie daher mit NEIN.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Henkel

Landesvorsitzender der CDU Berlin, Bürgermeister sowie  
Senator für Inneres und Sport von Berlin

***Nachfolgend veröffentlichen wir Auszüge aus den Argumenten der CDU, die in der Berliner Rundschau veröffentlicht wurden:***

Es geht um Milliarden von Euro beim Volksentscheid. Es geht indes nicht um billigeren Strom. Die Initiatoren des Berliner Energietisches gehen zwar „nur“ von einem Kaufpreis für das Stromnetz von 370 Millionen Euro aus. Sie berufen sich dabei auf ein Gutachten, das von dem Linkspolitiker Wolf in Auftrag gegeben worden war, welches aber nichts über den echten Wert des Netzes aussagt. Tatsächlich jedoch dürfte der Kaufpreis für das Netz wesentlich höher sein. Im Jahr 1997 brachte der Verkauf des Stromversorgers Bewag dem Land Berlin 1,17 Milliarden Euro ein. Nach einem Gutachten der Unternehmensberatung KPMG beläuft sich der aktuelle Sach-

zeitwert des Berliner Stromnetzes auf rund 2,5 Milliarden Euro. Ein neuer Betreiber ist gesetzlich verpflichtet, den bisherigen Betreiber angemessen zu entschädigen. Es geht also schon zum Übernahmezeitpunkt 2017 um Milliarden. Im Zuge der Energiewende sind zudem Investitionen erforderlich, um das Stromnetz um- und auszubauen sowie zu optimieren. Diese betragen nach Berechnungen der Stromnetz Berlin GmbH in den nächsten zehn Jahren ca. 2,8 Milliarden Euro.

Berlin hat Schulden in Höhe von ca. 64 Milliarden Euro. Angesichts dieser Schuldenlast muss verantwortungsvoll mit neuen Ausgaben umgegangen werden, um andere notwendige Investitionen weiterhin zu ermöglichen und die nachfolgenden Generationen finanziell nicht unnötig zu belasten. Es wäre daher ein großes Risiko, wenn der Gesetzentwurf des Berliner Energietisches umgesetzt werden müsste. Denn eine Kontrolle durch das Parlament lehnt der Träger des Volksbegehrens ausdrücklich ab.

## **Überflüssig – was gewollt wird, gibt es schon**

Es werden beim Volksentscheid zwei neue Unternehmen gefordert. Diese wurden aber von der Großen Koalition bereits gegründet. Im Herbst 2012 hat die Koalition aus SPD und CDU beschlossen, ein wettbewerbsfähig auszustattendes landeseigenes Unternehmen Berlin Energie am Vergabeverfahren zu beteiligen. Die Forderung des Volksentscheides ist damit längst umgesetzt. Der vorliegende Gesetzentwurf sieht zudem die Errichtung eines Stadtwerks vor. Auch dies hat die Koalition von SPD und CDU auf den Weg gebracht. Dasselbe gilt für das Verlangen, Strom aus erneuerbaren Energien zu erzeugen. Gerade die CDU hat sich dafür eingesetzt, dass das Stadtwerk das Ziel haben muss, erneuerbare Energien zu produzieren.

Ferner ist das vom Berliner Energietisch erklärte Ziel, das Berliner Energienetz für die Einbindung dezentraler und erneuerbarer Erzeugungsanlagen, z.B. Windräder, fit zu machen, bereits gültiges Recht. Schon heute ist der Betreiber – auch in Berlin - verpflichtet, entsprechende Anlagen an sein Netz anzuschließen und das Netz dafür auszubauen. Genauso allerdings auch, wie ein Netzbetreiber auch ihm „unliebsamen“ Strom durchleiten muss.

Außerdem verfolgen wir schon heute im Rahmen unserer energiepolitischen Maßnahmen einen Kurs der sozialen Verantwortung. Dazu gehört natürlich die Sicherung bezahlbarer Energiepreise.

## **Unseriös – glauben Sie nicht den Wahlplakaten**

Ein putziger Bär mit einer Sonne auf seinem T-Shirt fordert auf grünen Plakaten: „JA. Vattenfall den Stecker zieh'n.“ Sollten Sie jetzt glauben, mit Ihrer Stimme billigeren Strom wählen zu können, so liegen Sie falsch. Der Strom wird nicht billiger. Die Initiatoren des Volksentscheids lassen glauben, mit Gründung des neuen Stadtwerks und einer neuen Netzgesellschaft würde es billiger. Falsch. Die Stromerzeugung und das Netz werden am Ende immer von den Kunden bezahlt. Außerdem legt die Bundesnetzagentur fest, in welcher Höhe Netzentgelte im Strompreis enthalten sein dürfen. Und beim Kauf des Netzes „auf Pump“ wird es ohnehin keinen Spielraum geben.

Unsere demokratische Ordnung ist im Visier des Volksentscheides. Es wird versucht, wesentliche Bestandteile dieser Ordnung durch die Hintertür außer Kraft zu setzen. Berlin soll die Verwaltungsräte alle 5 Jahre wählen. Was für ein Aufwand! Aber anders als bei allen anderen Wahlen soll dann das Wahlrecht nicht an die Staatsbürgerschaft geknüpft sein. Wichtig soll nur sein, hier zu wohnen. Ebenso bedenklich: Die bereits demokratisch gewählten Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses dürften nicht in die Verwaltungsräte gewählt werden. Und noch schlimmer:

Das gewählte Parlament und der Senat von Berlin sollen noch nicht einmal diese Räte kontrollieren dürfen. Das bedeutet: Die Verwaltungsräte entscheiden nicht nur selbst über ihre eigene Vergütung, sondern auch noch über ihre haftungsrechtliche Entlastung. Das Abgeordnetenhaus als gewählte Volksvertretung wird entmachtet, zugleich haften aber alle Berlinerinnen und Berliner für die Verluste.

Die 100 Prozent „Öko-Strom-Idee“ ist geschwindelt. Jeder Netzbetreiber, ob staatlich oder privat, ist bundesgesetzlich verpflichtet, Strom „diskriminierungsfrei“ durchzuleiten; egal ob Kohle-, Atom- oder Öko-Strom.

### **„Nicht an der Nase herumführen lassen“**

„Betreibt Berlin ein eigenes Netz und ein eigenes Stadtwerk, wird der Strom weder grüner noch billiger. Wer das behauptet, hält die Berlinerinnen und Berliner für dumm.“ Jan Eder, Hauptgeschäftsführer der IHK Berlin, auf der Pressekonferenz des Faktenbündnisses Stromentscheid am 16.10.2013

„Wer am 3. November mit „Ja“ stimmt, kann nicht damit rechnen, deshalb mittelfristig weniger für den Strom zahlen zu müssen.“ taz, 16.10.2013

„...ich kann nur appellieren, sich nicht an der Nase herumführen zu lassen. Es klingt immer verlockend, wenn jemand komplizierte Sachverhalte auf einen Satz reduziert – nach dem Motto: Sind Sie für Strompreissenkung? Da wird jeder sagen: Ja. Aber wie das finanziert wird, ob das technisch möglich ist, das wird damit nicht ausgeführt. Der Senat empfiehlt ein Nein. Und wir sagen: Was vernünftig ist an dem Anliegen, haben wir längst auf den Weg gebracht.“ Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister von Berlin; Morgenpost, 4.10.2013

„Ich sehe keinen Grund, warum ein hoch verschuldetes Land sich ein solches Risiko aufbürden sollte.“ Alexander Kraus, Chef des Berliner Bundes der Steuerzahler; Morgenpost, 17.10.2013

„Man muss nicht Betriebswirtschaft studiert haben, um zu sehen, dass hier ein Wolkenkuckucksheim, ein Perpetuum mobile und ein Goldesel auf einmal versprochen werden.“ Tagesspiegel, 16.06.2013

### **Was will die CDU beim Thema Energie?**

Die verheerende Reaktorkatastrophe in Fukushima führte in Deutschland zu einem grundlegenden Umdenken in der Energiepolitik. Infolge der dramatischen Ereignisse hat die unionsgeführte Bundesregierung die Energiewende eingeleitet, um eine langfristige sichere und umweltverträgliche Energieversorgung zu erreichen. Die Energieversorgung von morgen muss aber nicht nur sauber und sicher, sondern auch für alle bezahlbar sein. Um den Ausbau von Solar-, Windkraft- und Biogasanlagen zu fördern, wurde den Betreibern dieser Anlagen auf 20 Jahre ein fester Abnahmepreis zugesichert – unabhängig davon, wie hoch der eigentlich erzielbare Preis wäre. Deutscher Strom wird an der Strombörse in Leipzig gehandelt. Je billiger dort der Börsenstrom ist, desto mehr müssen letztlich Normalverbraucher bezahlen. Über die Ökostrom-Umlage erhöht sich automatisch ihr Strompreis. Wir wollen, dass die Energiewende gelingt. Der Umstieg auf Erneuerbare Energien muss aber so passieren, dass der Strom für alle bezahlbar bleibt. Die CDU macht sich daher für die Änderung der vor Jahren unter Rot-Grün festgelegten preistreibenden Ökostrom-Umlage und für die Einführung einer „Strompreisbremse“ stark. Mit dieser soll der Anstieg für die deutschen Verbraucher in Zukunft „gebremst“ und die Belastungen begrenzt werden. Bereits im April 2013 wäre es fast zur Einführung der Strompreisbremse in Deutschland gekommen, hätten die rot-grünen Landesregierungen dies nicht im Bundesrat verhindert.